

Mai 2019 / 53. Jahrgang

– Auch die Würde des Mörders

ist unantasthar – Du steckst nicht im Stau -Du bist der Stau

# POLIZEISPIEGEL





## Mitglieder des Landesvorstands im Gespräch mit dem Innenminister Holger Stahlknecht

### Mehr Wertschätzung für die Polizei

Am 15. März 2019 empfing der Innenminister Holger Stahlknecht den Landesvorsitzenden Wolfgang Ladebeck, seinen 1. Stellvertreter Stefan Perlbach, unsere Frauenbeauftragte Anja Ackermann, den Tarifbeauftragten Gregor Henschke, den Landesjugendleiter Tibor Nyári und den Geschäftsführer Olaf Sendel im Innenministerium zu einem Gespräch. Vonseiten des Innenministeriums nahm Abteilungsleiterin 2, Frau Christiane Bergmann, teil.

Themen dieses einstündigen Meinungsaustausches waren die Personalsituation im Vollzug und in der Verwaltung, die Umsetzung der Polizeiorganisation, das Tarifergebnis TV-L und dessen Übertragung auf die Beamten und Versorgungsempfänger sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Polizei zur Nachwuchsgewinnung.

Die DPolG-Vertreter zeigten auf, dass der derzeitige Personalbestand zur Umsetzung der Organisation im Polizei-

#### Impressum:

Redaktion:

Gregor Henschke (v. i. S. d. P.) polizeispiegel@dpolg-st.de Tel./Fax: 039206.53948 Mobil: 0177.5011249

Landesgeschäftsstelle:
Deutsche Polizeigewerkschaft
im dbb – Landesverband
Sachsen-Anhalt e. V.
Schleinufer 12
39104 Magdeburg
Tel. 0391.5067492
Fax 0391.5067493

www.dpolg-st.de info@dpolg-st.de ISSN 0945-0521



> Stefan Perlbach, Tibor Nyári, Wolfgang Ladebeck, Christiane Bergmann, Holger Stahlknecht, Anja Ackermann, Gregor Henschke, Olaf Sendel (von links)

vollzug und insbesondere in der Polizeiverwaltung zu hohen persönlichen Belastungen der Beschäftigten führt. Hierzu haben wir Kenntnis von vorliegenden Überlastungsanzeigen beziehungsweise deren Ankündigungen aus verschiedenen Bereichen des Vollzugs und der Verwaltung der Behörden. Unsere Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten stoßen in allen Bereichen an ihre Belastungsgrenzen.

Es müssen Mitarbeiter in anderen Bereichen aushelfen und deren Arbeit bleibt liegen. Viele Stellen in der Laufbahngruppe 2.1 sind seit Längerem nicht mehr besetzt.

Der Minister sprach von der Kehrtwende in der Personalpolitik, sodass seit 2015 wieder mehr Personal in der Polizei eingestellt wird. Die größere Zuführung an Polizeikräften in den Behörden erfolgt im Herbst 2019. In der Polizeiverwaltung werden in diesem Jahr zusätzlich 15 neue Stellen geschaffen, die bereits in der Ausschreibung sind.

Der Landesvorsitzende ging auf das Tarifergebnis vom 2. März 2019 ein und äußerte sich positiv über den Willen der Landesregierung gemäß dem Koalitionsvertag der zeit- und volumengleichen Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamten und Versorgungsempfänger. Gleichzeitig äußerte er den Wunsch nach einer sehr zeitnahen Übertragung und forderte, das Instrument der Vorgriffszahlung in Anwendung zu bringen.

Der Innenminister äußerte, dass die Übertragung des Tarifergebnisses zeit- und volumengleich erfolgen wird. Eine mögliche Vorgriffsreglung in Anwendung zu bringen, müsse aber erst mit den Koalitionspartnern besprochen werden.

Auch die Wettbewerbsfähigkeit bei der Nachwuchsgewinnung in der Polizei wurde angesprochen. Nicht nur in Sachsen-Anhalt wurden die Einstellungszahlen deutlich erhöht, sondern auch in allen anderen Ländern und im Bund. Dabei ist es wichtig, im Wettbewerb gegenüber den Ländern mit besseren Argumenten und Leistungen junge Menschen für die Polizei zu gewinnen.

Hierbei stellen wir fest, dass zur Wettbewerbsfähigkeit in anderen Bundesländern und in der Bundespolizei viel mehr getan wird als in unserem Land.

Aus diesem Grunde machten die DPolG-Vertreter gegenüber dem Minister ihre Forderungen zur Wertschätzung der Arbeit und zur Attraktivität des Polizeiberufs deutlich.

#### Hauptanliegen werden hierbei sein:

- die weitere Erhöhung der Einstellungszahlen, insbesondere in der Polizeiverwaltung,
- die deutliche Erhöhung der Polizeizulage,
- > die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage,
- die deutliche Erhöhung der Sonderzuwendungen und deren Dynamisierung,
- kontinuierliche weitere jährliche Beförderungen,
- eine Anpassung der Mehrarbeitsvergütung,
- > mehr Zulassung für den Aufstieg und Verwendungsaufstieg in die LG 2.1.

Weiter schlugen sie vor, dass für engagiert arbeitende Mitarbeiter im Endamt ihrer Laufbahn, die in verantwortlichen Funktionen tätig sind, in einzelnen Fällen die Möglichkeit bestehen sollte, durch Leistungskriterien weiter zum POK/KOK oder POR/KOR aufsteigen zu können.

Bei den Forderungen sind uns die deutliche Erhöhung der Polizeizulage und die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wichtig, weil damit die besonderen körperlichen und psychischen Belastungen des Polizeivollzugsdienstes, die bis in den Pensionszeitraum

nachwirken, angemessen gewürdigt werden.

Der Innenminister zeigte Verständnis für die Initiativen der Gewerkschaft, verwies jedoch auf die Haushaltssituation des Landes und machte deutlich, dass die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten schon mit erheblichen Personalkosten verbunden ist.

Der Landesvorstand



Nach den einleitenden Worten des Landesvorsitzenden Wolfgang Ladebeck und dem Prozedere von der Feststellung der Beschlussfähigkeit bis zur Protokollbestätigung gratulierte er Gregor Henschke zur Wiederwahl als Hauptvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen in der Landespolizei Sachsen-Anhalt.

Im Anschluss berichtete der Landesvorsitzende über die polizeiliche, beamten- und tarifrechtliche sowie gewerkschaftliche Lage. Die Themen hierbei waren die derzeitige unzureichende personelle Situation im Polizeivollzug und vor allem in der Polizeiverwaltung, die Neuorganisation der Polizei, der Tarifabschluss der Länder vom 2. März 2019 und die Übertragung des Tarifergebnisses zeit- und volumengleich auf die Beamten und Versorgungsemp-

fänger. Im Weiterem ging er auf die schwierige Umsetzung der Neuorganisation der Polizei und die Arbeit der Übergangsstufenpersonalräte ein. Aus dem Bereich der gewerkschaftlichen Arbeit berichtete er unter anderem über die kürzlich geführten Gespräche beim Innenminister, in den Fraktionen des Landtages und bei den Leitern der Behörden und Einrichtungen.

Der Landesvorstand führt diese Gespräche mit dem Ziel, den Polizeiberuf durch Maßnahmen, wie die Erhöhung der Polizeizulage und deren Ruhegehaltsfähigkeit, die deutliche Erhöhung des Weihnachtsgeldes und deren Dynamisierung für weitere Beförderungen und Höhergruppierungen, wieder attraktiver zu gestalten. Auch warb der Landesvorstand in den Gesprächen dafür, mehr für die Wettbewerbsfähigkeit

unserer Landespolizei zu tun, denn wir brauchen dringend junge und motivierte Menschen in der Landespolizei. Hierbei berichtete der Landesvorsitzende sehr erfreut über die sehr gute Werbung und Gewinnung von Neumitgliedern für die DPoIG und unterstrich, dass die Betreuung der Mitglieder oberste Priorität hat. Im Anschluss berichtet die JUNGE POLIZEI, die Landesfrauen- und Seniorenvertretung über ihre gewerkschaftliche Arbeit.

Auch die Vorbereitung des 8. Landeskongresses der DPolG, der am 19. und 20. November 2019 stattfinden wird, war an diesem Tag ein wichtiges Thema. Dieser Landeskongress wird unter dem Motto "Mehr Wertschätzung für die Innere Sicherheit" stehen.

Zum Abschluss dieses umfassenden Tagesordnungspunktes fügte Landesvorsitzender Wolfgang Ladebeck ein, dass er nach nunmehr 18 Jahren als Landesvorsitzender für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung stehen werde.

In der weiteren Folge wurden noch einige Punkte wie der Haushalt, wichtige Aktivitäten und Höhepunkte der Verbandsarbeit des Jahres 2019 durch die Vorstandsmitglieder und Kreisvorsitzenden vorgetragen und besprochen.



.andesverband Sachsen-Anhalt

10



#### Gespräch mit Finanzminister André Schröder

## Zeit- und volumengleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten!

Am 11. April 2019 fand ein Spitzengespräch mit Finanzminister André Schröder zu beamtenrechtlichen Themen statt. Für den dbb sachsenanhalt nahmen dbb- und DPoIG-Landesvorsitzender Wolfgang Ladebeck und die dbb Vize Iris Herfurth und Ulrich Stock teil.

Der dbb sachsen-anhalt begrüßt, dass vor der Erstellung eines Gesetzentwurfes die Spitzenverbände der Gewerkschaften ihre Positionen darlegen konnten.

Finanzminister André Schröder wird dem Kabinett vorschlagen, das lineare Gesamtvolumen des Tarifergebnisses für die Beschäftigten der Länder zeitgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen zu übertragen. Das heißt, dass die Besoldung und Versorgung zum 1. Januar 2019 und zum 1. Januar 2020 um jeweils 3,2 Prozent und zum



Ulrich Stock, Erster stellvertretender Vorsitzender des dbb sachsen-anhalt, Finanzminister André Schröder, Iris Herfurth, stellvertrende Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt, und Wolfgang Ladebeck, Vorsitzender des dbb sachsen-anhalt (von links)

1. Januar 2021 um 1,4 Prozent angehoben wird. Auch die Anwärtergrundbeträge werden um 100 Euro erhöht, jeweils um 50 Euro zum 1. Januar 2019 und 1. Januar 2020.

"Die für den Tarifbereich in einzelnen Stufen vereinbarten abweichenden Regelungen können aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht auf den Besoldungsbereich übertragen werden. Eine Übertragung würde den relativen Abstand zwischen den Besoldungsgruppen verändern und damit das Abstandsgebot verletzen", erläuterte Schröder.

"Mit der Übertragung des Tarifergebnisses vom 2. März 2019 auf den Beamtenbereich setzt die Landesregierung den Koalitionsvertrag dazu um und beteiligt auch die Beamten und Versorgungsempfänger an der guten wirtschaftlichen Entwicklung. Die zeit- und volumengleiche Übertragung ist ein wichtiger Schritt zur Sicherung einer amtsangemessenen Alimentation", sagte Ladebeck.

Mit der Forderung des dbb und der DPolG nach einer deutlichen Erhöhung der Sonderzahlung und deren Dynamisierung drang der dbb bei Minister Schröder nicht durch.

Zur zeitlichen Umsetzung des Gesetzgebungsverfahrens fordert der dbb, auch das Instrument der Vorgriffszahlung in Anwendung zu bringen. Minister Schröder sagte hierzu, dass nach erkennbarer Willensbildung im Parlament eine Vorgriffszahlung möglich sei.

Neben der Besoldungsanpassung informierte der Minister über einen Entwurf einer Anwärtersonderzuschlagsverordnung, erste Planungen zur Neufassung der Laufbahnverordnung und einer baldigen Anpassung der Mehrarbeitsvergütung.

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften boten der Landesregierung an, in einem Austausch zu Ideen über die Attraktivitätssteigerung des Landesdienstes einzutreten.

# Kreisverband Salzwedel hat neuen Vorstand gewählt

Am 11. April 2019 fand in Winterfeld, im "Winterfelder Hof", die Vorstandswahl des Kreisverbandes (KV) Salzwedel statt. Dazu hatte der KV-Vorsitzende Ralf Ronneburg alle Mitglieder rechtzeitig eingeladen und diese waren auch zahlreich erschienen. Nach der Sitzungs-

eröffnung und Begrüßung der anwesenden Mitglieder und unseren Landesvorsitzenden Wolfgang Ladebeck als Gast, berichtete Ralf Ronneburg über die Verbandsarbeit der letzten Jahre. Dabei ging er auf einige Aktivitäten des Kreisverbandes wie zum Beispiel die Fahrt zur



Wolfgang Ladebeck bedankt sich beim alten KV-Vorstand: Ralf Ronneburg, Oliver Quast, René Warnecke, Mario Oppermann (von rechts).



Grünen Woche nach Berlin, die Teilnahme einiger Mitglieder an der Demonstration zu den gelaufenen Tarifverhandlungen in Magdeburg und einige Aktivitäten des Landesverbandes ein.

Im Anschluss folgten der Kassenbericht des Schatzmeisters Oliver Quast und die Bestätigung durch den Rechnungsprüfer René Warnecke. Da es keinerlei Beanstandungen gab, konnte somit der alte Vorstand entlastet werden.

Der KV-Vorsitzende bedankte sich bei seinem Vorstand und den Mitgliedern für die geleistete Arbeit und gab dem Landesvorsitzenden Wolfgang Ladebeck das Wort. Auch er sprach dem KV seinen Dank aus und informierte mit Blick auf den aktuellen Tarifabschluss auf ein am heutigen Tag geführtes Gespräch mit Finanzminister Schröder und, dass das Tarifergebnis vom 2. März 2019 auf den Beamtenbereich gemäß



Wolfgang Ladebeck beglückwünscht den neu gewählten Vorstand: Ralf Ronneburg, Holger Budras, Maximilian Kehl (es fehlt Franziska Hotopp) (von rechts).

Koalitionsvertrag zeit- und volumengleich übertragen werden wird und so auch die Beamten und Versorgungsempfänger an der guten wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben können. Weitere wichtige Punkte waren mehr Wertschätzung für die Bediensteten in der Polizei und Maßnahmen, wie man die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landespolizei im Bereich der Neueinstellungen verbessern kann.

Dann wurde per Beschluss durch die anwesenden Mitglieder die Wahlkommission festgelegt. Diese bestand aus Wolfgang Ladebeck und Karl-Heinz Zeising. Entsprechend der Wahlordnung wurden in getrennten Wahlgängen von den durch die Mitglieder vorgeschlagenen Kandidaten der Vorsitzende, sein Stellvertreter, die Schatzmeisterin und der Rechnungsprüfer mit einfacher Mehrheit gewählt.

Im Ergebnis der Wahl besteht der neue Vorstand aus dem Vorsitzenden Ralf Ronneburg, dem neuen stellvertretenden Vorsitzenden Holger Budras, der neuen Schatzmeisterin Franziska Hotopp und dem neuen Rechnungsprüfer Maximilian Kehl. Aus dem alten Vorstand wurden Mario Oppermann, Oliver Quast und René Warnecke verabschiedet.

Die Wahlversammlung wurde mit einem lockeren Informationsaustausch zwischen allen Anwesenden und dem anschließenden gemütlichen Beisammensein in angenehmem Ambiente und der damit verbundenen gastronomischen Versorgung beendet.

> Ralf Ronneburg, Vorsitzender KV Salzwedel



Jeannette Nitzschke, Daniela Mohs, Stefanie Halle und Daniela Siebert

Die Mitglieder des Kreisverbandes Dessau-Roßlau haben am 4. April 2019 ihren Vorstand neu gewählt. Gewählt wurden als Vorsitzende Stefanie Halle, stellvertretende Vorsitzende Daniela Siebert, Schatzmeisterin Jeannette Nitzschke und Rechnungsprüferin Daniela Mohs.

Der Landesvorstand gratuliert den Gewählten herzlich und wünscht viel Spaß und Erfolg in der neuen Funktion.

